

Parlamentarische Wahlen oder: An der Brottheke

Wahlen: Schön und gut. Eine Auswahl zu haben ist doch immer etwas ganz schönes. Mensch hat gerne die Wahl zwischen verschiedenen Brotsorten, zwischen verschiedenen Freizeit-Aktivitäten,... Die Bandbreite muss möglichst weit sein - Vollkorn- oder Weißbrot, Schwimmen oder Fußball.

Doch wie ist dies bei der parlamentarischen Wahl? Was ist die Bandbreite? Und hat jene Wahl etwas mit all den anderen Wahlen zu tun, die wir tagtäglich im Leben fällen?

DAS PRINZIP WAHL- EINE ART KONSUM

Ersteinmal muss uns bewusst sein, dass eine Wahl an sich nie ein aktiver Akt ist. Wenn wir uns für eine Sorte Brot entscheiden, haben wir es noch lange nicht gebacken und genauso sind wir nicht „politisch aktiv“, wenn wir alle 4 Jahre zur Wahlurne taumeln - egal wie oft wir uns das Preisschild, das Idealrezept und die Werbung der einzelnen Brot-Parteien durchgelesen haben. Wir können natürlich ein Brot wählen, was am Ende vielleicht bekömmlicher ist oder eines, an dem wir hart zu kauen haben - alles in allem haben wir es aber auf keinen Fall gebacken.

Nun ist es beim Brot beispielsweise so, dass nicht jeder Mensch Brot backen kann - deswegen wird es also gerne Fachleuten überlasse; andere machen dafür etwas anderes, was sie vielleicht besser können. Doch wie funktioniert diese Bäckerei? Aus welchen Zutaten bestehen die Parteien-Brote? Wie werden sie gebacken? Und sollte sich der/die Einzelne nicht vielleicht in die ganze Prozedur einmischen, wenn alle Brote irgendwie widerlich sind? Weiß der/die Einzelne selbst am allerbesten, was er/sie gerne isst?

DIE BANDBREITE

Nun gut, schauen wir uns zunächst einmal die Produkte an - die Bandbreite, zwischen denen wir nun anscheinend eine „Wahl“ haben. Sie sind geordnet von links nach rechts - sieht schon einmal nach Auswahl aus. Die meisten Brote sind in der „Mitte“ angeordnet, weil die Menschen dort am meisten hinschauen. Doch was ist der qualitative Unterschied zwischen den ganzen Broten?

Erst einmal schmecken alle ein wenig zäh - ist ja auch klar, sie mussten durch eine lange Prozedur, viele bürokratischen Anforderungen mussten sie erfüllen und wurden auf die Dauer auch ein wenig alt.

Von außen bemühen sie sich unterschiedlich zu sein - das Öko-Brot schwenkt eine grüne Fahne, das Bauernbrot eine rote auf dem irgendetwas mit „sozial“ draufsteht, das „christliche“ Brot schwenkt Weihrauch und das braune Brot hebt ein Schild „nach traditionellem deutschen Reinheitsgebot gebacken“- was immer das auch heißen mag.

Die Bäckerei heißt „Deutschland“ und jedes Brot hat erst einmal ein Hauptziel: Die Bäckerei wirtschaftlich voranzutreiben in Konkurrenz zu den anderen Bäckereien - da gibt es allein in Europa noch die Bäckereien „Italien“, „Frankreich“, „Griechenland“, „Polen“,.... In all den Bäckereien läuft es im großen und ganzen ähnlich - manchmal fällt den Menschen irgendwo auf, dass die Brote in der Mitte eigentlich sehr schwer bekömmlich sind und sie probieren einfach mal was neues und wählen aus Protest das alt-bewährte braune Brot nach strengem nationalen Rezept sowie in Frankreich oder Italien geschehen. Das heißt jedes Brot bemüht

sich primär um diesen Punkt - Steigerung nationalen Wirtschaftswachstums in Konkurrenz zu den anderen Bäckereien - denn wenn die Bäckerei „Deutschland“ in dieser Konkurrenz pleite geht, sind auch die Brote nicht mehr von Wert. Weil sie sich allesamt auf diesen Zweck eingeschossen haben, kann leider nicht mehr allzu viel Inhalt in diese Brote hineinpassen. Damit sie aber noch unterschiedlich aussehen, pflegen sie alle ein Profil, die „Kruste“. So kümmert sich das grüne Brot, wenn noch etwas außer dem Interesse der nationalen Kapitalanhäufung in globaler Konkurrenz übrig ist, noch ein wenig, dass die Bäckerei mit nicht ganz so gefährlichem Strom läuft - denn sie braucht zu diesem Zweck allein schon sehr, sehr viel Strom. Die „soziale“ Partei will, wenn noch etwas übrig bleibt, ein wenig mehr denen abgeben, die das Korn für ihren Inhalt angebaut und geerntet haben und die die ganze Bäckerei so am Laufen halten und dafür persönlich zurückstecken müssen - zum „nationalen Wohlergehen“, also im Interesse der Bäckerei. So entstehen dann auch schon mal Einschränkungen. Das „Profil“ muss der bitteren Realität in der Bäckerei Platz machen. Hartz 4 wird aus sozial-ökologischen Broten geboren.

WEITERE ZUTATEN

Die Bäckerei mischt den Broten - sie müssen ja inhaltlich auch etwas hergeben - noch eine Prise „Staatsgewalt“ (Stärke) hinzu, das hält die Situation zusammen und der Magen grummelt nicht so und macht keinen Aufstand - es verträgt sich besser, auch wenn das Brot schlecht ist.

Hinzu kommt noch ordentlich „Idealisierung“, das sorgt dafür, dass die Menschen denken „Ist ja gar nicht so schlecht, das Brot“ oder „Könnte schlechter sein“. Die VerkäuferInnen beispielsweise reden die Brote natürlich schön und, dass alles Schlechte eigentlich nur eine Notwendigkeit ist. Die FeldarbeiterInnen müssen einstecken? Schon lobt der/die VerkäuferIn den „nationalen Zusammenhalt für gemeinsame Stärke“ durch Krisen, die auf ganz natürliche Art und Weise entstehen würden.

Schule und Leistungsdruck bringen den Nachwuchs zu verzweifelten Taten? „Eigentlich ist doch die Schule ein Ort der Nächstenliebe“ - weiß der/die VerkäuferIn.

DIE FUNKTIONSWEISEN DER BÄCKEREI

Natürlich ist demokratische Politik keine Bäckerei, aber ein, wie wir finden, doch recht passabler Vergleich. Die demokratische Politik setzt die Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse fest, unter denen wir täglich zu leiden haben. Anstatt also jemanden zu wählen, der unsere Lebensverhältnisse bestimmt, wollen wir selbst unser Leben gebacken kriegen und die Mittel dazu, also die Bäckerei allen zugänglich machen. Anstatt Kapital und Staat sollen alle Menschen von dem gesellschaftlich vorhandenen Reichtum profitieren können. Der Ausschluss der überwiegenden Mehrheit vom vorhandenen Reichtum - weswegen Menschen, die zu arm dazu sind, sich kein Brot kaufen können, nicht mit den Öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können und sich keinen eigenen Swimmingpool leisten können - ist eigentlich sehr unnötig und für die darunter Leidenden auch nicht so schön.

Ja, der Staat ist, aufgrund seiner Ausrichtung, bestimmt von einem Regelwerk, sogenannten „Sachzwängen“. Der kapitalistische nationale Standort produziert nur nach den Regeln der Anhäufung von Kapital im globalen Konkurrenz-Gemenge. Die anderen Standorte wiederum tun dasselbe und konkurrieren fröhlich gegeneinander (s. auch Artikel „Parlamentarische Demokratie“).

DIE GEWÄHLTEN

Die Gewählten, also die herrschenden Machthaber im Staate, haben ebendiese Aufgabe zu erfüllen: Bedingungen zu setzen, nach denen sich das nationale Kapitalwachstum am besten im internationalen Vergleich behaupten kann. Heutzutage nennt sich das „Standortpolitik“ und wird von allen Parteien forciert. Wie so etwas geht, zeigt die Erfahrung: Höhere Profite für deutsches Kapital kommen natürlich nicht aus dem Nichts oder werden erfunden, sie müssen umverteilt werden. Profite zieht das Kapital natürlich aus den Menschen, die es beschäftigt, also den arbeitenden Menschen. Ob dies im produktiven Sektor, in der Dienstleistungsbranche oder in der Agrarwirtschaft geschieht, ist nebensächlich, die Grundrechenart, nach der hierzulande gewirtschaftet wird, bleibt die Gleiche.

Gute Standortpolitik betreiben die Gewählten also damit, dass sie die Ausbeutung erhöhen, sprich die Löhne senken. Da ihnen selber die Firmen nicht gehören, sind sie eben verantwortlich dafür, Bedingungen zu setzen, um das der Wirtschaft einfacher zu machen (Erhöhung der Konkurrenz). Dass diese Geschichte zum Nachteil derer ist, von denen sie gewählt wurden, ist auch schon der ganze Witz an der Sache.

DIE WÄHLENDEN

Den Wählenden kommt die spezielle Aufgabe zugute, ihre Führer auszuwählen: Wer macht's? Wer darf 4 Jahre lang entscheiden, wo's langgeht und wie Deutschland geführt wird?

Die Wählenden dürfen nicht entscheiden, wie die Gesellschaft hierzulande gestaltet werden soll, sondern *wer* den Staatszweck ausführt, der *unabhängig* von den jeweils Herrschenden existiert. Die Gewählten haben ihre Entscheidung unabhängig vom Wählerwillen zu fällen, nicht umsonst haben sie ein grundgesetzlich garantiertes „freies Mandat“ – d.h., sie sind in Entscheidungen frei und unabhängig von der Wählerschaft. Auch wissen die jeweils herrschenden Parteien nicht, *warum* sie eigentlich gewählt wurden – sie wollen es auch gar nicht wissen, das würde ihrer Herrschaft ja nur im Wege stehen.

Nun kommt häufig der Vorwurf gegenüber Nicht-WählerInnen auf, sie würden „alles mit sich machen lassen“, sie wären „unpolitisch“ oder „mischten sich nicht ein“. Gerade das gegenteilige Verhältnis tritt zutage, wenn sich klar gemacht wird, dass Wählen Gehen eine Legitimationsveranstaltung ist: Die Wählenden geben ihr praktisches „Ja“, ihre Zustimmung dazu, dass sie für die nächsten 4 Jahre das Maul zu halten haben. Sie geben ihre Macht ab, um anderen aufzutragen, über sich zu herrschen. Eigentlich ist das eine zutiefst paradoxe Angelegenheit, denn die Wählenden wählen somit den eigenen Schaden. Anders ausgedrückt: Sie machen sich zum Material einer ihnen Schaden zufügenden Veranstaltung, denn die Herrschenden haben ihre Legitimation nach der Wahl erhalten, sie haben einen Auftrag von der Wählerschaft gekriegt und somit ein Totschlagargument gegen jedwede Kritik – sie haben ja „die Mehrheit“ hinter sich. Als WählerIn macht mensch sich also zur *nationalen Manövriermasse* demokratischer Politik (=kapitalistische Standortkonkurrenz). Denn auch wenn einem die neueste Gemeinheit der Politik nicht passt, hat man als WählerIn ganz praktisch den Auftrag und die Zustimmung dazu erteilt.

Wahlen werden stets als demokratische Errungenschaft gefeiert, als „Freiheit“, die wir nutzen müssen – sonst würde sie rosten. Über den Inhalt der Wahlen sagt das allerdings nicht viel, vielmehr verrät es uns, was diese Menschen unter „Freiheit“ verstehen: Die Entscheidung zwischen herrschaftlich vorgesetzten Alternativen, die einem die nächsten 4 Jahre die eigenen Lebensbedingungen aufzwingen werden. Toll!

Das bedeutet für uns, dass die „Wahl“ hier unser sonstiges Leben eher einschränkt, als dass es unsere Freiheit fördert: Unser ganzes Leben wird immer mehr unter den Zweck des Kapitalwachstums gesetzt - nicht unsere Bedürfnisse zählen, sondern die Vermehrung von Kapital - unter anderem, um die Staatsmaschinerie immer mehr aufzustoßen. Kriege, in denen wirtschaftliche Interessen, unter „humanitärem Deckmantel“, bei näherem Hinsehen immer deutlicher werden, die Vernichtung von „Überproduktion“, Abschiebeknäste, Massenentlassungen und Lohnkürzungen machen immer deutlicher, dass hier wirklich nicht die Bedürfnisse von uns als denjenigen, die diesen ganzen Reichtum produzieren, sondern einzig und allein der Gewinn und die Profitmaximierung für Kapital und Nation gelten.

AKTIV WERDEN!

Es gibt kein Brot, das die Bäckerei abschaffen will – diese „Brote“ sind schließlich Verwalter eben jener und *profitieren* von ihr. Die wichtigste Frage ist, ob wir aktiv sind oder nicht - ob wir den menschlichen Bedürfnissen im Leben Platz geben, ob wir unserer Entwicklung Platz verschaffen, oder ob wir anderen die Macht dazu übertragen wollen. Wir sind alle Teil der „Bäckerei“ und haben dort eine bestimmte, tragende Position - ob wir wollen oder nicht. „Unpolitisch“ sein, heißt sich dieser Rolle fügen. Das Leben ist nicht von Politik zu trennen - zwangsweise. Ein Brot zu wählen in diesem Sinne ist nicht Zeichen politischer Aktivität sondern der Logik der Bäckerei immanent. Würden Wahlen etwas ändern, wären sie verboten. Die eigenständige Bewegung ist von Bedeutung - im Parlamentarismus verebbt sie stets (siehe z.B. die Entwicklung des grünen Öko-Brottes in den letzten Jahren).

Die Frage ist: Bäckerei oder Leben!
Und dafür gilt es Energie aufzuwenden.